



FRIEDRICH NAUMANN  
STIFTUNG Für die Freiheit.

# TÜRKEI BULLETTIN 07-2020

# IMPRESSUM

## Herausgeber

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit  
Projektbüro Türkei  
Cumhuriyet Cad. No 107 D 2  
Elmadağ-Istanbul 34473  
Türkei

/fnst-turkey.org

## Verfasser

Laura Kunzendorf  
Dr. Ronald Meinardus (RM)

## Redaktion

Dr. Ronald Meinardus

## Stand

April 2020

## Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

## Kontakt

Für Hinweise und Anregungen erreichen Sie die Redaktion unter [turkey@fnst.org](mailto:turkey@fnst.org).



# TÜRKEI BULLETIN 07/20

Berichtszeitraum: 1. – 16. April 2020

**Inhalt: Kein Grund zur Entwarnung – Corona-Pandemie erreicht in der Türkei voraussichtlich erst Ende April den Höhepunkt. Erdoğan's Maskendiplomatie – Wie die Türkei ihr internationales Image aufpolieren will. Social Distancing Adé – Plötzliche Ausgangssperre löst Panikreaktionen aus. Nach dem Debakel: Rücktritt vom Rücktritt und ein gestärkter Innenminister. Keine Gnade für politische Gefangene – Teilamnestie und erste Covid 19-Tote in überfüllten Gefängnissen. „Wir sind uns genug“ – Erdoğan's Spendenaktion soll klamme Staatskassen füllen. „Solidarität hält am Leben“ – Neue Bürgerinitiativen machen mobil.**

## Kein Grund zur Entwarnung – Corona-Pandemie erreicht voraussichtlich erst Ende April den Höhepunkt

Die Corona-Krise hält die Türkei weiterhin fest im Griff. Während in einigen europäischen Ländern die Beschränkungen schrittweise gelockert werden sollen, erreicht die Pandemie ihren Höhepunkt in der Türkei voraussichtlich erst Ende des Monats – so die Prognosen des Corona-Wissenschaftskomitees. Die amtlichen Angaben zeigen, dass sich der Anstieg der Infektionszahlen auf einem steten Niveau eingependelt hat. Mit Ausnahme des 11. April lagen die täglichen Neuinfektionen jeweils unter 5.000. Bei Redaktionsschluss (16. April, 10 Uhr) lag die Zahl der amtlich registrierten Infizierten bei 69.392. Die offizielle Zahl der Todesopfer liegt bei 1.518.

In Istanbul begann die Regierung derweil mit dem Bau von zwei Feld-Krankenhäusern. Mit einer Kapazität von jeweils 1.000 Betten sollen die neuen Krankenhäuser das Gesundheitssystem entlasten. Die Inbetriebnahme soll in 45 Tagen erfolgen. Behandlungen im Zusammenhang mit dem Corona-Virus gelten ab sofort als „Notfall-Gesundheitsdienst“. Das bedeutet, auch in privaten Krankenhäusern dürfen den Patienten keine Leistungen in Rechnung gestellt werden.

Derweil geht die Regierung streng gegen Gesschäftemacherei mit Masken, Desinfektionsmitteln und türkischem Eau de Cologne vor. Laut der Nachrichtenagentur *Anadolu Agency* fanden in den zurückliegenden Wochen rund 300 Razzien statt, die darauf abzielten, ungenehmigtem Handel mit den knappen medizinischen Produkten ein Ende zu bereiten. Dabei beschlagnahmten die Sicherheitskräfte sechs Millionen Masken, 14.000 Handschuhe, 30 Tonnen chemische Produkte und 30.000 Liter Eau de Cologne. Zudem leitete die Einheit gegen organisiertes Verbrechen Untersuchungen gegen Verdächtige ein, denen Hortung und Preistreiberei vorgeworfen wird.

In Supermärkten und anderen Geschäften gilt eine von der Regierung angeordnete Maskenpflicht. Die Regierung begann mit der kostenlosen Verteilung von Masken, die – so das ehrgeizige Ziel – allen Bürgern zur Verfügung gestellt werden sollen. Gleichzeitig ist der Verkauf von Masken verboten. Das Vorhaben, alle Bürger mit Masken zu versorgen, stellt die Logistik vor enorme Herausforderungen: Die Website, über die Bürger die Masken anfordern können, brach unter dem Ansturm gleich zu Beginn zusammen. Inzwischen erhalten registrierte Bürger von der Regierung über SMS einen Code, der sie zum Erhalt von Masken aus der Apotheke berechtigt. Derweilen warten zahlreiche Menschen auf die Benachrichtigung. Es mehren sich die Klagen über das Verbot kommerzieller Maskenverkäufe und Engpässe bei der staatlich gelenkten Maskendistribution.

## Erdoğan's Maskendiplomatie – Wie die Türkei ihr internationales Image aufpolieren will

(RM) Schutzmasken und anderes medizinisches Gerät sind in Zeiten der Pandemie strategische Produkte. Weltweit herrscht eine riesige Nachfrage nach der Ware, die über Leben und Tod entscheiden kann. Auf den Weltmärkten kommt es laut Insidern zu Hauen und Stechen, wenn es um die Beschaffung von Schutzausrüstungen, Masken, Handschuhen, Desinfektionsmitteln und Beatmungsgeräten geht.

Die Versorgung mit dem knappen Gut ist längst ein Politikum – auch in der internationalen Diplomatie, für die in Corona-Zeiten neue Prioritäten gelten.

Die zielgenaue Verteilung von Schutzmasken ist für Präsident Erdoğan nicht nur in der Türkei ein wichtiges Anliegen. Auch im weltweiten Verteilungskampf um das kostbare medizinische Gut mischt Ankara mit. „Wir sind zwar nicht das reichste Land in der Welt, wohl aber das großzügigste“, sagte der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu Ende März und ergänzte, Ankara habe medizinisches Material an 17 Länder geschickt. Mitte April erhöhte Präsident Erdoğan diese Zahl in einer Rede auf 34 Länder.

Bescheidenheit ist kein Attribut, das zur Außenpolitik Erdoğan's und seiner Außendarstellung passt. Das war vor der Krise so und ist heute – unter erschwerten Bedingungen – nicht anders:

„Die Rolle der Türkei als ein führender humanitärer Akteur auf der Weltbühne ist einmal mehr bestätigt worden“, heißt es im Aufmacher der regierungsnahen Zeitung *Daily Sabah* zum Thema. Das Blatt zitiert Ibrahim Kahn, den Sprecher Erdoğan's: Die Menschheit befinde sich an einem Wendepunkt der Geschichte und die Türkei stehe Seite an Seite mit ihren Verbündeten, so der Vertraute des Präsidenten.

In der Öffentlichkeitsarbeit Ankaras nehmen die Lieferungen von medizinischem Gerät ins Ausland einen zentralen Platz ein. Kaum ein Tag vergeht, ohne dass die regierungsnahen Presse nicht umfassend über Hilfssendungen berichtet – und die dankbaren Empfänger umfassend zu Wort kommen lässt.

Der türkische Politologe Soner Çağaptay unterteilt die Empfänger-Staaten in vier Gruppen. Da seien zunächst die „alten Freunde“: namentlich erwähnt Çağaptay die USA, Großbritannien und Israel. Die zweite Gruppe benennt der Politikwissenschaftler mit „Osmanischen Freunden“: In dieser Kategorie befinden sich die Staaten des Balkan, die früher zum Osmanischen Reich zählten und die Ankara gerne in seine Einflusszone zurückholen würde. Die dritte Gruppe bilden „kulturelle Freunde“ mit Spanien und Italien. Schließlich seien da die „strategischen Freunde“ mit Libyen und Tunesien, die in der Mittelmeerpolitik Ankaras eine wichtige Rolle spielen.

Die Liste deutet an: Ankaras Masken-Diplomatie folgt nicht allein einem humanitären Impetus des gläubigen Präsidenten; sie hat konkrete politische

Ziele. Deutlich wird dies auch am Beispiel der Lieferung von medizinischem Schutzgerät an Israel. Die Beziehungen zwischen der Türkei und Israel befinden sich seit Jahren im Keller, Präsident Erdoğan hat aus seinen Sympathien für die Palästinenser nie einen Hehl gemacht. Ankara hat die Lieferungen an Israel – von drei Flugzeugladungen ist die Rede – nun mit einem politischen Junktim verbunden und von der Zustimmung Israels zu türkischen Lieferungen an die Palästinenser abhängig gemacht.

Dass das weltweit für sein Krisenmanagement gelobte Israel in der Türkei Schutzrüstungen kauft und dabei offenbar politische Zugeständnisse macht, zeigt, wie angespannt der Weltmarkt für Schutzrüstungen ist. Das liegt entscheidend am aggressiven Verhalten Chinas: Wie ein „Staubsauger“ habe Peking Anfang des Jahres in wenigen Wochen nicht weniger als zwei Milliarden Schutzmasken importiert, berichten *The New York Times*. Auch türkische Unternehmen haben damals auf rein kommerzieller Basis an die Chinesen geliefert. Mit dieser Freizügigkeit im Handel ist längst Schluss. Anfang März hat Ankara strenge Auflagen verhängt: ohne Genehmigung der Regierung darf seither kein medizinisches Gerät das Land verlassen.

Gleichzeitig haben die türkischen Produzenten ihre Kapazitäten hochgefahren. Der führende Maskenhersteller MFA Masks gab bekannt, das Unternehmen arbeite in drei Tagesschichten, um der boomenden Nachfrage nachzukommen. Ende März griff die Regierung zu einer rabiaten Maßnahme: Ankara verpflichtete die Maskenhersteller, ihre Produktion zu einem festgelegten Preis an das Gesundheitsministerium abzugeben, sonst drohe die Beschlagnahme der Produktionsanlagen. „Wir werden diese Masken kaufen, und zwar zu einem guten Preis“, sagte Innenminister Süleyman Soylu. „Gott ist unser Zeuge. Die Unternehmen haben 10-12 Stunden Zeit oder wir beschlagnahmen die Fabriken morgen“, so der für seine harte Linie bekannte Innenminister.

Eine zentrale Rolle in der Versorgung mit dem medizinischen Gerät spielt das türkische Militär. In kurzer Zeit haben Fabriken der Streitkräfte ihren Output mehr als verdoppelt. „Nächste Woche werden wir unsere Produktionskapazität für Schutzmasken auf zehn Millionen Stück pro Woche erhöhen. Damit können wir auch unsere Verbündeten versorgen“, sagte Verteidigungsminister Hulusi Akar Mitte April.

Angesichts des weitgehenden Zusammenbruchs des internationalen Flugverkehrs bleibt die Logistik

eine Herausforderung. Die türkische Luftwaffe spielt hier eine tragende Rolle, wie die vielen Bilder von entsprechenden Verladeaktionen in der türkischen Presse dokumentieren.

In einer für die Zivilflugfahrt dramatischen Zeit hat die Frachtsparte der nationalen Fluggesellschaft Turkish Airlines (THY) eine Marktnische entdeckt. Während Turkish Airlines alle internationalen Flüge bis Ende Mai gestrichen hat, geht das Geschäft mit der Fracht munter weiter: wöchentlich werden allein am Standort Istanbul 155 internationale Flüge abgefertigt. Die Ladung, so berichtet *Daily Sabah*: Lebensmittel, Medizin und medizinisches Gerät. Die Nachfrage sei so groß, dass die Airline Passagiermaschinen für den Gütertransport umgerüstet habe, berichtet das Blatt.

## Social Distancing Adé – Plötzliche Ausgangssperre löst Panikreaktionen aus

Wochenlang hat die türkische Öffentlichkeit über eine umfassende Ausgangssperre diskutiert. Doch die Regierung in Ankara zögerte lange vor der drastischen Maßnahme. Grund dafür sind vor allem die Sorgen vor den ökonomischen Folgen für die bereits vor der Krise angeschlagene türkische Wirtschaft. Zunächst galt das Ausgangsverbot daher nur für über 65-Jährige, und wenig später für Jugendliche unter 20 Jahren ohne Arbeit.

Die steigenden Infektionszahlen fachten die Forderungen nach einer kompletten Ausgangssperre weiter an. Auch das viel beachtete Corona-Wissenschaftskomitee der Türkei appellierte für die Umsetzung der Maßnahme. Die Regierung wählte einen Mittelweg: Am vergangenen Freitag verkündete das Innenministerium um 22.00 Uhr einen kompletten Lockdown für 31 Provinzen – und damit knapp 75 % der Bevölkerung – befristet für das bevorstehende Wochenende. Die Ankündigung kam für die Bevölkerung überraschend, zu derart später Stunde hatte niemand mit der Bekanntgabe der strengen Maßnahme gerechnet.

Das Dekret löste an vielen Orten Panikreaktionen aus: Verunsichert, ob die Versorgung mit Lebensmitteln am Wochenende sichergestellt sei, strömten die Menschen in Scharen aus den Häusern. Videos von langen Schlangen vor Geschäften, von Rängeleien um Lebensmittel und eng gedrängten Menschen in überfüllten Supermärkten machten in den sozialen Medien schnell die Runde. Viele Menschen trugen weder Masken noch Handschuhe, von Sicherheitsabständen keine Spur. Der Journalist Uğur Dündar kommentierte auf *Twitter*, wie die

Türkei den Einstieg in das Wochenende erlebte: „Eine Nacht wie ein Albtraum“.

Während sich einige über die Panik-Käufe der verschreckten Bürgerschaft lustig machten, verwiesen andere Beobachter auf die Dramatik hinter den Bildern. Dass niemand während einer zweitägigen Ausgangssperre an Hunger stirbt, sei belanglos, schreibt etwa die bekannte Journalistin Nevşin Mengü. Denn die arbeitende Bevölkerung erledige ihre Einkäufe am Wochenende, sozial schwache Familien könnten aus Mangel an Geld keine Vorräte anlegen und seien daher auf tägliche Einkäufe angewiesen. Andere Familien hätten kleine Kinder zu Hause oder müssten ältere Menschen versorgen. „Das Vertrauen in den Staat ist völlig verschwunden“, kommentiert Mengü das in ihrer Sicht desolate Krisenmanagement der Regierung.

Mit dieser Meinung ist sie nicht allein: Die Kritik in den sozialen Medien, Fernsehdiskussionen und Kommentarspalten hätte kaum lauter sein können. Zudem tauchte ein internes Schreiben des Innenministeriums in den Medien auf, aus dem hervorgeht, dass die Ausgangssperre schon einen Tag zuvor beschlossene Sache gewesen sei. Demnach wäre also hinreichend Zeit gewesen, die Bevölkerung rechtzeitig zu informieren. Doch die Regierung gab nicht einmal den Bürgermeistern der Gemeinden über die bevorstehende Sperre Bescheid, von Koordination mithin keine Spur.

Wie die nationalistische Tageszeitung *Yeniçağ* berichtet, löste der Vorgang auch unter Mitgliedern des Corona-Wissenschaftsrates Empörung aus, einige sollen mit ihrem Rücktritt gedroht haben. Gesundheitsminister Fahrettin Koca soll es nur nach viel Zureden gelungen sein, die Komitee-Mitglieder von diesem Schritt abzuhalten.

## Nach dem Debakel: Rücktritt vom Rücktritt und ein gestärkter Innenminister

Innenminister Süleyman Soylu reagierte mit Einsicht auf das Debakel. In einem Interview der Zeitung *Hürriyet* überraschte er, als er einen Fehler eingestand. Damit nicht genug: Am Sonntagabend kündigte der Minister dann überraschend seinen Rücktritt an und bat den Präsidenten um „Vergebung“ für seine Fehlleistung.

Es dauerte nicht lange und Beobachter vermuteten, der Rücktritt sei nicht freiwillig erfolgt. CHP-Chef Kemal Kılıçdaroğlu spekulierte, Soylu müsse gehen, um den Präsidenten zu schützen. Zahlreiche Kommentatoren schlossen sich der Theorie an,

Soylu halte als Sündenbock her. Denn – so argumentiert unter anderem der *Sözcü*-Kolumnist Emin Çölaşan – der Minister habe die Ausgangssperre „zweifellos“ nicht im Alleingang verkündet. In dem *Hürriyet*-Interview hatte Soylu bereits auf eine Anweisung Erdoğan's im Zusammenhang mit der Ankündigung der Ausgangssperre angespielt.

Eine weitere Theorie vermutet, ein tiefer reichender Machtkampf innerhalb der AKP („Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“) sei der Grund für den angebotenen Minister-Rücktritt. Nach anonymen Quellen aus der AKP, gebe es seit längerem Differenzen zwischen Finanzminister (und Erdoğan-Schwiegersohn) Berat Albayrak und dem Innenminister. Für den Kolumnisten Islam Özkan der Online-Zeitung *Duvar* geht es dabei um nicht weniger als die Frage der Nachfolge an der Spitze der Regierungspartei. Das Debakel bei der Anordnung der Ausgangssperre habe Albayrak nun genutzt, um den Druck auf Soylu zu erhöhen, so die Lesart.

Falls diese nicht belegten Hinweise der Wahrheit entsprechen, hat Albayrak den Kürzeren gezogen und Soylu den Machtkampf vorerst für sich entschieden. Denn Präsident Erdoğan hat das Rücktrittsgesuch Soyulus nicht akzeptiert und den reumütigen Minister sogar für seine Arbeit gelobt. Derweil zeigte sich der Vorsitzende von Erdoğan's Koalitionspartei MHP („Partei der Nationalistischen Bewegung“), Devlet Bahçeli, „mehr als glücklich“ über den Verbleib Soyulus im Amt.

Darüber, warum Erdoğan Soyulus Rücktritt nicht akzeptiert hat, kann nur spekuliert werden. Einige Beobachter vermuten, durch das Festhalten an Soylu versuche Erdoğan den ambitionierten Finanzminister Berat Albayrak zu bremsen. Eine andere Meinung ist, dass der Präsident den Innenminister Soylu wegen dessen Rückhalts bei dem Bündnispartner MHP nicht fallen lassen könne. Wie auch immer; eines scheint klar: Die demonstrative Unterstützung Erdoğan's und Bahçelis für den Innenminister hat dessen Position gestärkt. Der Politikexperte Murat Yetkin bezeichnet Soylu bereits als „zweiten Mann in der Türkei“.

Derweil scheint die Regierung aus dem Debakel gelernt zu haben: Eine Ausgangssperre für das kommende Wochenende hat Präsident Erdoğan diesmal bereits fünf Tage im Voraus angekündigt. Für Kritik an seiner Politik zeigt der Präsident jedoch weiter kein Verständnis: „Einige Medien haben diesen Vorfall und unsere Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie genutzt, um einen Krieg gegen ihr

eigenes Land anzuzetteln so, wie sie es immer tun. Hoffentlich werden wir nicht nur das Coronavirus los, sondern auch diese Medien und die politischen Viren.“

Bei einer Mehrheit der Türken kommt die Rhetorik an. Laut einer aktuellen Meinungsumfrage der Firma *MetroPoll* sind die Zustimmungswerte für den Präsidenten im März um knapp 15 Prozent in die Höhe geschossen und liegen derzeit bei 56 Prozent. So populär war Erdoğan seit 2016 nicht, sagen die Demoskopien. Die Meinungsforscher bemühen einen Vergleich mit den USA. Auch dort erziele ein Populist im Lichte der Krise hohe Zustimmungswerte.

### Keine Gnade für politische Gefangene – Teilamnestie und erste Covid-19 Tote in überfüllten Gefängnissen

Neben den regelmäßigen Online-Sitzungen des Kabinetts ist das Parlament die zweite Bühne, auf der in Zeiten der Corona-Krise die politischen Weichen gestellt werden. Die Oppositionsparteien sind bemüht, sich Gehör zu verschaffen und ihre Agenda durchzusetzen – bisher allerdings mit mäßigem Erfolg.

Anfang April entschied das Parlament über einen Gesetzesentwurf der Oppositionspartei CHP („Republikanische Volkspartei“), der Übergriffe gegen medizinisches Personal vorbeugen sollte. Laut CHP sind in den letzten anderthalb Jahren rund 20.000 Mitarbeiter im Gesundheitssektor Opfer von gewalttätigen Übergriffen geworden. Die gegenwärtige Krise habe das Risiko für das Personal in den Krankenhäusern noch erhöht, sagt der CHP-Abgeordnete Ali Şeker. Der Gesetzesentwurf sah eine Erhöhung der Strafen für Beleidigungen oder Übergriffe gegen Gesundheitspersonal vor. Außerdem sollte die Umwandlung von Haft- in Geldstrafen für die Delikte verboten werden. Unterstützung für das Gesetzesvorhaben kam von der HDP („Demokratische Partei der Völker“), doch die Regierungsparteien AKP und MHP blockierten die Initiative.

Dabei blieb es nicht: Nur einen Tag später brachten AKP und MHP einen in dieselbe Richtung weisenden Gesetzesentwurf ein, der ein höheres Strafmaß für Gewalt gegen medizinisches Personal vorsieht. Es scheint als wollte die Regierungskoalition der Opposition vor Augen führen, wer die Macht hat in der Türkei.

Auch eine andere parlamentarische Auseinandersetzung verlor die Opposition: In der letzten Ausgabe des Türkei-Bulletin (06-2020) berichteten wir über die geplante Änderung des türkischen Strafrechts, die Strafkürzungen für eine Reihe von Verbrechen vorsieht. Die Pläne für eine Teil-Amnestie sind nicht neu, die Angst vor einer Ausbreitung des Virus in den überfüllten Gefängnissen haben das Thema indes an die Spitze der politischen Agenda katapultiert.

An diesem Montag beschloss das Parlament die Gesetzesänderung und bereitete damit den Weg für die Freilassung von rund 90.000 Häftlingen. Mitte der Woche zeigten die TV-Kanäle Bilder von den ersten Häftlingen, die die Gefängnisse verließen. Die Maßnahme kam keine Minute zu früh: Am Mittwoch gab das Justizministerium bekannt, 17 Gefangenen seien mit dem Virus infiziert, drei Häftlinge seien bereits an der Krankheit gestorben.

Bei den Oppositionsparteien, vielen Nichtregierungsorganisationen und Menschenrechtsanwälten stößt die Teilamnestie auf zum Teil scharfe Kritik. Denn ungeachtet einer wochenlangen nationalen und internationalen Kampagne bleiben politische Gefangene von der Strafmilderung ausgenommen. Ihre Verurteilungen basieren in der Regel auf – so die Kritik – fabrizierten Terrorvorwürfen, für die das neue Gesetz keine Strafmilderungen vorsieht.

### „Wir sind uns genug“ – Erdoğan's Spendenaktion soll klamme Staatskassen füllen

Die öffentliche Kritik an dem „wirtschaftlichen Stabilitätsschild“ der Regierung (siehe Bulletin 06-2020) reißt nicht ab. Die Regierung hat als Reaktion Entlassungen für zunächst drei Monate verboten. Gleichwohl dürfen Arbeitgeber ihre Mitarbeiter in den unbezahlten Urlaub schicken. In diesem Fall steht Arbeitnehmern eine monatliche Ausgleichszahlung von 1.200 TL (ca. 160 €) aus der Arbeitslosenversicherung zu. Dieser Betrag, darauf verweist nicht zuletzt die Gewerkschaft *Türk-İş*, reicht nicht zum Überleben. In den Kassen der Arbeitslosenversicherung befinden sich aktuell 132 Mrd. TL (ca. 18 Mrd. €). Es ist offen, ob diese Rücklagen ausreichen, um durch die Krise zu kommen. Nach Angaben des Familien- und Arbeitsministeriums haben bisher 19.000 Unternehmen für 420.000 Arbeitnehmer Hilfen beantragt. Arbeiter im informellen Sektor – Schätzungen zufolge arbeitet jeder Dritte in der

Türkei ohne Papiere – sind von dem Programm ausgenommen. Die Corona-Pandemie birgt somit die Gefahr, einen großen Teil der türkischen Bevölkerung unter das Existenzminimum zu drücken.

Das Haushaltsdefizit von 4,6% des Bruttoinlandsprodukts lässt wenig Spielraum für weitere Finanzhilfen an die Bevölkerung. Noch sträubt sich die Regierung, den *Internationalen Währungsfonds* um die fehlenden Mittel zur Stützung der Wirtschaft zu ersuchen, wie es mehr als 80 Länder bereits getan haben. Obwohl die Türkei laut IWF-Chefin Kristalina Georgieva bereits mit dem IWF in Kontakt stehe, bestreitet Präsidentensprecher Ibrahim Kalın jegliche Pläne Ankaras zur Kooperation mit dem IWF. Präsident Erdoğan versucht, das Bild einer unabhängigen und wirtschaftlich starken Türkei aufrechtzuerhalten. „Nun an die Tür des IWF zu klopfen, hätte politische Kosten. Außerdem erfordern IWF-Kreditprogramme Transparenz und die Kontrolle der Empfänger, was die AKP-Regierung vermeiden will“, kommentiert der Ökonom Mustafa Sönmez in *Al-Monitor*.

Statt an den IWF hat Präsident Erdoğan sich Ende März mit einem Spendenaufruf an die eigene Bevölkerung gewendet. Mit dem Hinweis, er selber habe sieben Monatsgehältern gespendet, startete Erdoğan die „nationale Solidaritätskampagne“ unter dem Slogan „Wir sind uns selbst genug“. Die eingetribenen Mittel sollen Bürgern mit geringem Einkommen zugutekommen. Auch Minister und Freunde der Regierung seien bereits mit gutem Beispiel vorangegangen und hätten großzügig gespendet. Insgesamt, so vermelden die Initiatoren, seien bis heute 1.7 Mrd. TL (ca. 225 Mio. €) von mehr als 600.000 Spendern eingegangen.

Doch nicht überall erfolgte die Spende ganz freiwillig, wird berichtet. Laut der Zeitung *Duvar* wurden Angestellten des Bildungsministeriums, der Justiz, einzelner staatlicher Unternehmen und Verwaltungsbehörden automatisch Geld vom Lohn abgezogen. Die Gewerkschaft der Bildungs- und Wissenschaftsarbeiter berichtete von Mobbing mit dem Ziel, Lehrer zur „Wohltätigkeit“ zu drängen. Mitarbeiter der Religionsbehörde Diyanet mussten, so heißt es, Spendenquittungen vorzeigen.

Kein Wunder, dass die Spendenkampagne und die Begleiterscheinungen ins Kreuzfeuer der Kritik gerieten. In den sozialen Medien war zu lesen, der Staat sei für die Bürger verantwortlich und nicht die Bürger für den Staat. Die Wohltätigkeit der Regierung gegenüber anderen Ländern sahen viele nach dem

Spendenaufwurf in einem anderen Licht. In Anspielung auf die Hilfsflugzeuge und –schiffe, die die Türkei unter anderem nach Italien und Spanien geschickt hat (siehe „Erdoğan's Maskendiplomatie – Wie die Türkei ihr internationales Image aufpolieren will), kritisierte Meral Akşener, die Vorsitzende der İyi-Partei („Gute Partei“): „Keines dieser Länder hat von seinen Bürgern Spenden gesammelt. Man kann nicht vor einer Moschee um Geld betteln, und es dann vor einer anderen spenden.“

Eine zusätzliche – politische Komponente – erhielt die Debatte, nachdem das Innenministerium Gemeinden das Einsammeln von Spenden ohne Genehmigung der Zentralregierung untersagte und Banken die Spendenkonten der von der Oppositionspartei CHP regierten Stadtverwaltungen der Metropolen Ankara, Izmir und Istanbul einfroren. Laut CHP hatten die Gemeinden die Spendengelder genutzt, um eine halbe Million Familien zu unterstützen. Die linksgerichtete Tageszeitung *Sözcü* berichtet, die Banken hätten auch Spendenkonten von Suppenküchen, die teilweise bereits jahrelang Mahlzeiten verteilt haben, blockiert.

Präsident Erdoğan und Innenminister Soyulu begründen das Blockieren der CHP-Konten mit angeblich illegalen Versuchen der Partei, einen „Staat im Staat“ aufzubauen. Das sieht der Menschenrechtsanwalt Orhan Kemal Cengiz anders, er hält die Blockade der Spendenkonten für unzulässig. Das 2005 von der AKP-Regierung verabschiedete türkische Kommunalrecht erlaube Gemeinden ausdrücklich „Spenden anzunehmen“. Ferner berichten die Tageszeitungen *Sözcü* und *BirGün* über Spendenkampagnen in AKP-regierten Gemeinden und seitens islamischer Gemeinschaften, die offenbar nicht behelligt werden.

In ihrem Podcast „*Zeitgeist Turkey*“ prognostizieren der Ökonom Can Selçuki und die Journalistin Cansu Çamlıbel, das Vorgehen könnte der Regierung zum Verhängnis werden. In der jetzigen Situation seien die Gemeinden ein wichtiger Baustein der Krisenbewältigung, denn sie hätten den besten Zugang zu den sozial schwachen Teilen der Bevölkerung. Versage das Krisenmanagement der Regierung, fielen das nun allein auf die Zentralregierung unter Erdoğan zurück.

Die CHP lässt sich derweil nicht beirren: „Dies ist nicht die Zeit für Heroismus. Lasst uns weiter für die Wohltätigkeit für unsere Bürger arbeiten, wie es unsere Religion gebietet“ sagte Parteichef Kılıçdaroğlu. Die Unterstützer der CHP-Gemeinden sind indes kreativ geworden und stellen Sach- statt

Geldspenden bereit. So können die Lokalverwaltungen weiterhin Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige verteilen.

## „Solidarität hält am Leben“ – Neue Bürgerinitiativen machen mobil

Jenseits der Politik und des Parteienstreits erlebt die Türkei eine Welle der Solidarität, wie sie in der stark polarisierten türkischen Gesellschaft selten zu beobachten ist. Von den Medien über Kunst und Kultur bis hin zur Wissenschaft haben sich Initiativen entwickelt, um die Folgen der Pandemie erträglicher zu machen.

Da sich in diesen Zeiten Falschinformationen und Verschwörungstheorien auch in der Türkei rasant verbreiten, gehen Nichtregierungsorganisationen wie etwa *Teyit* („Bestätigung“) oder *Doğruluk Payı* („Ein Stück Wahrheit“) dubiosen Nachrichten durch fact-checking auf den Grund.

Der Kampf gegen Desinformation ist nur einer von mehreren Bereichen, in denen die Zivilgesellschaft zu neuem Leben erwacht ist. In vielen Nachbarschaften und Gemeinden haben sich „Solidaritätsnetzwerke“ und „Solidaritätsversammlungen“ gebildet, die über die sozialen Medien Freiwillige rekrutieren. Diese sind besonders in den großen Städten aktiv und übernehmen Aufgaben wie das Ausführen von Hunden oder Gespräche am Telefon mit einsamen Menschen in der Isolation. Die Freiwilligen erledigen auch Einkäufe für ältere Menschen – wobei die türkische Tradition, Lebensmittel über runter gelassene Körbe von der Straße zu ihren Empfängern zu transportieren, wiederbelebt wurde.

Unter dem Slogan „Solidarität hält am Leben“ machen sich die neuen Netzwerke und Bürgerinitiativen für jene stark, die die Regierung aus ihrer Sicht im Stich lässt. Die Gewerkschaften kritisieren seit Wochen, dass zahlreiche Fabriken trotz Infektionsrisiken ihre Produktion normal weiter laufen lassen. Andere Firmen haben ihre Arbeiter nach Hause geschickt, doch die Lohnzahlungen eingestellt. Mitte April haben Mitglieder eines Istanbuler Solidaritätsnetzwerkes im Stadtteil Kadıköy in einer lautstarken Aktion dazu aufgerufen, „Arbeitern eine Stimme“ zu geben. Die Aktion endete mit der Verhaftung von sieben Mitgliedern des Solidaritätsnetzwerkes, die nach einer Vernehmung wieder freigelassen wurden.

Die Bürgernetzwerke setzen sich auch für das Gesundheitspersonal ein und unterstützen die Herstellung von Schutzvisieren für



Krankenhauspersonal. Die türkische Ärztekammer beklagte Ende März, dass die Mehrheit des medizinischen Personals ohne ausreichende Schutzausrüstung arbeite. Die Initiative „3-dimensionale Unterstützung“ will dem Abhilfe schaffen: Eine Gruppe von Ingenieuren hat Besitzer von 3D-Druckern landesweit dazu aufgerufen, Schutzvisiere herzustellen. Aus dem Aufruf entstand eine Bewegung, die innerhalb von wenigen Tagen Freiwillige in allen Provinzen des Landes rekrutierte. Laut Ilker Vadarlı, einem der Mitgründer der Bewegung, haben sich über 2.000 Besitzer von 3D-Druckern der Kampagne angeschlossen. Mithilfe von – ebenfalls freiwilligen – Motorrad-Kurieren konnten die Freizeit-Drucker bereits mehr als 10.000 Schutzvisiere an Krankenhäuser im ganzen Land verteilen.

